

Rede des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für Inneres und Sport

Ulrich Watermann, MdL

zu TOP Nr. 16b

Aktuelle Stunde

Der Fall Friedland mahnt: Rückführungen beschleunigen, Verfahren klar strukturieren - rot-grüne Zerstrittenheit beenden

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 19/8594

während der Plenarsitzung vom 09.10.2025 im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.



Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich muss Ihnen wirklich sagen: Der Punkt, den wir unter 16 a beraten haben, hat mich sehr berührt, denn wenn es um Gewalt und Mord geht, dann - so geht es jedenfalls mir - gehe ich damit respektvoll um. Herr Bothe, dass Sie das auch noch aufschreiben können, was Sie hier gesagt haben, erschreckt mich umso mehr, weil es auch nicht ein winziges Bisschen Respekt für das Opfer zeigt, sondern ausschließlich eine politische Strategie ist. Das ist mir als Parlamentarier zu erbärmlich.

Ich sage ganz offen: Wir müssen darüber reden, warum Menschen zu solchen Taten in der Lage sind. Es mir dabei ganz egal, woher sie kommen. Es sind vorrangig - das hat Ihre Rednerin vorhin unter Tagesordnungspunkt 16 a gesagt - Männer. Es gibt Fälle wie den eines Partners, der seine eigenen Kinder umbringt, und das wird medial fast gar nicht begleitet. Mir ist es wichtig, mich darauf zu konzentrieren, wie ich verhindern kann, dass es Amoktäter gibt, die zu solchen Taten fähig sind.

Zu der Frage, Frau Hermann, wie wir mit bestimmten Sachen umgehen: Erstens schieben wir nicht ab, wenn wir nach Dublin verfahren, sondern wir überstellen, weil wir in Europa - weil die Zuständigkeit bei den Überstellungen nun mal beim Bund, beim BAMF, und nirgendwo anders liegt.

Das muss man gelegentlich mal zur Kenntnis nehmen. Man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass die Finanzierung dieser Maßnahmen durch BAMF-Mitarbeiter zu erfolgen hat.

Wenn Herr Dobrindt so einen Brief an Sebastian Lechner - dem ich alles Gute für seine Genesung wünsche - schreibt, dann kann ich nur sagen: Naja, das ist vielleicht auch ein Teil der Ursache. Wenn man nicht so genau weiß, wie die Verfahren sind, dann schreibt man solche Briefe.

Genau das ist das Problem. Das Problem ist, dass wir eine Dublin-Regelung haben, von der Europa glaubt, dass sie nicht das richtige Verfahren regelt. Wenn wir über dieses Verfahren reden, dann müssen wir darauf warten, dass der Bund tätig wird und uns vernünftige Vorschläge macht; denn für Dublin-Überstellungen ist nun einmal er verantwortlich - Punkt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden in Deutschland und Europa regeln müssen, wie wir solche Dublin-Überstellungen machen. Das Problem bei dieser Tat ist aber nicht die Dublin-Überstellung gewesen, sondern die psychische Erkrankung des Täters.

Auch das haben wir in diesem Plenarabschnitt ganz deutlich gemerkt. Er war ja nicht deshalb in Haft, weil er überstellt werden sollte, sondern er war in Haft, weil er den ÖPNV genutzt hat, ohne zu bezahlen.

Auch das ist ein Stück der Wahrheit. Wenn Sie bei der Unterrichtung schon nicht zuhören können - das habe ich ja jetzt gemerkt-, dann hoffe ich, dass Sie dann, wenn Sie die Unterlagen, die Sie jetzt einsehen wollen, gelesen und verstanden haben, merken, dass die Stoßrichtung, die Sie einschlagen, eine vollkommen falsche ist.

Deshalb: Es tut mir leid um das Opfer. Es tut mir leid, wie es als politisches Instrument benutzt wird. Ich sage Ihnen: Das wird denen, die es betrifft, nicht gerecht.

Vielen Dank.